

Andreas Siemoneit, Juli 2018:

Zusammenfassung von:

David Leslie Miller (1995): On Nationality. Oxford: Oxford University Press.

Anmerkungen A.S.: Die Teile eines Kapitels verfügen nur über eine römische Nummerierung. Ich habe versucht, im **Fettdruck** das jeweils relevante Thema eines Teils hervorzuheben.

Kleines Glossar (nach David L. Miller) für drei wichtige Begriffe:

- Staat: Nach Max Weber übt ein Staat erfolgreich das Gewaltmonopol in einem bestimmten Gebiet aus.
- Nation: Gemeinschaft von Menschen, die eine politische Selbstverwaltung beanspruchen.
- Ethnie: Gemeinschaft von Menschen mit gemeinsamer Abstammung und geteilter Kultur (Sprache, Religion etc.).

1 Einleitung

[1] Nach dem Ende des Systemstreits im Gefolge des Zerfalls der Sowjetunion ist das Thema Nationalität wieder in den Vordergrund gerückt. Dabei geht es weniger um ökonomische Fragen als um solche der Staatsgrenzen, der Zugehörigkeit, der Sprache, der Kultur. Mitunter brechen alte Gräben plötzlich wieder auf. Liberale tun sich dabei oft schwer mit einer Standpunktfindung zwischen dem begrüßenswerten Recht auf Selbstbestimmung und einer mitunter abstoßenden Praxis der Ausgrenzung.

[2] Dieses Buch will zu einem rationalen Umgang mit lösbaren Problemen beitragen, die man in vier Kategorien einteilen kann: (1) Sollen Staatsgrenzen Gruppen mit spezifischen nationalen Identitäten voneinander abgrenzen, und soll man Staatsgrenzen aus diesem Grund gegebenenfalls neu ziehen (Sezession, Übertritt)? (2) Welche politischen Rechte muss eine Nation notwendig selbst wahrnehmen? Muss es dafür immer ein eigener Staat sein? Welche Rechte kann eine Nation gegebenenfalls an supranationale Körperschaften (EU, UN etc.) abgeben? (3) Was bedeutet nationale Identität für den Umgang mit individueller Freiheit? Wie einheitlich müssen Religion, Erziehung, Kultur sein, um eine nationale Identität zu gewährleisten? (4) Welche Pflichten haben wir gegenüber jenen, mit denen wir eine Nationalität teilen? Wie weit müssen Loyalität und gegebenenfalls Selbstaufopferung gehen?

Für alle diese Fragen benötigen wir eine Vorstellung davon, was nationale Identität und nationale Loyalität bedeuten. Auch wenn ich einige historische und soziologische Studien heranziehen werde, geht es mir eher um eine praktische Haltung als um eine Theorie der Nationalität.

[4] Eine Auffassung von Nationalität will ich aber von vornherein zurückweisen: Sie sei ein Naturphänomen, eher etwas, was Menschen zustößt, wenn sie nicht aufpassen, als dass sie es gestalten könnten. Diese Auffassung von Nationalismus kann zu zwei Standpunkten führen: (1) Nationalismus als zu überwindende Schwäche oder Krankheit, die der Heilung durch Bildung bedarf [Bezug auf ein Zitat Einsteins und die Arbeiten des russisch-britischen Philosophen Isaiah Berlin], oder (2) Nationalismus als zwar unerfreuliches, aber unvermeidliches Faktum, welches kanalisiert und entschärft werden muss. Auch wenn der zweite Standpunkt empirisch plausibler ist, so verbannt er Nationalismus doch ebenfalls ins Unterbewusste und hat Schwierigkeiten damit, dass es sich um einen bewusst und ernsthaft gestalteten Prozess handeln könnte. Beide Standpunkte ermutigen uns nicht, die eigentlich interessanten Fragen zu untersuchen.

[7] Bislang habe ich die Begriffe „Nationalität“ und „Nationalismus“ eher umgangssprachlich verwendet. Sie sind facettenreich, und manch einer glaubt, ihre unschönen Konnotationen durch andere Begriffe vermeiden zu können. Isaiah Berlin beispielsweise kontrastiert Nationalismus mit dem einfachen Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation („nationales Bewusstsein“). Er schlägt vier Aspekte vor, die Nationalismus definieren würden: (1) Der Charakter von Menschen wird maßgeblich durch die Gruppe geprägt, der sie angehören. (2) Diese Gruppen sind von Natur aus quasi-organisch, so dass die Ziele ihrer Mitglieder nicht vom Wohle des Ganzen getrennt werden können. (3) Die Ziele der Individuen spiegeln die Werte ihrer nationalen Gruppe wider und genügen keinen universellen Kategorien. (4) Die Ziele der Nation sind immer übergeordnet. Damit bezieht er sich auf eine besonders starke Version von Nationalismus aus dem 19. Jahrhundert, die ihre Wurzeln in der deutschen Romantik hat, mit ihrer organischen Sicht auf Gesellschaft und ihrem kulturellen Relativismus. Diese völlige Unterordnung des Individuums unter seine Gruppe und die latente Aggression nach außen sind für viele wohl der Grund ihres Unbehagens mit dem Begriff Nationalismus (und Anlass für die Suche nach „besseren“ Begriffen). Andere Argumentationen gehen anders vor: Sie differenzieren verschiedene Arten von Nationalismus und erklären eine moderate davon für vertretbar, zum Beispiel zivilisierter „westlicher“ Nationalismus vs. eine völkische „östliche“ Variante oder Nationalismus zur Pflege einer gemeinsamen Kultur vs. zur Überhöhung der eigenen Überlegenheit.

[10] Ich werde auf die aufgeworfenen Unterscheidungen noch zurückkommen, glaube aber nicht, dass sich Nationalismus auf diese Weise desinfizieren lässt. Nationalismus weckt Überzeugungen und Leidenschaften, die kaum zu einer moderaten Version passen. Meine Auffassung von Nationalität in der Nachfolge von John Stuart Mill und anderen beinhaltet folgende **Aussagen** (*propositions*): (1) Eine nationale Identität zu haben, ist ein legitimer und rational vertretbarer Teil eines persönlichen Selbstverständnisses. Das schließt weder andere Identitäten aus, noch ist sie notwendiger Teil des persönlichen Selbstverständnisses. (2) Nationen sind

ethische Gemeinschaften. Wir sind dieser Gruppe stärker verpflichtet als der Menschheit insgesamt, was nicht ausschließt, dass es weitere spezifische Gruppen geben kann, denen wir noch stärker verpflichtet sind. Aber Landesgrenzen sind sinnvoll, und Sozialversicherungssysteme beispielsweise dürfen sich auf die Bürger einer Nation beschränken. (3) Nationen sind sinnvolle Einheiten der politischen Selbstbestimmung (was nicht notwendig einen eigenen Staat voraussetzt).

- [12] Alle drei Aussagen sind eng miteinander verknüpft und relativ moderat im Vergleich zu einem leidenschaftlichen Vollblut-Nationalismus. Dennoch ist selbst ein solcher Standpunkt unter Liberalen oder Progressiven umstritten: (1) Nationale Identitäten sind fiktiv, weil sie schwammig sind (schwer abgrenzbar), und eine wahrhaftige Moral darf nicht an der Staatsgrenze halt machen, sondern muss für alle Menschen gleich sein. (2) Nationalismus tendiert zu politisch autoritärer Herrschaft und aggressiver Außenpolitik. Ohne Nationalismus wäre die Welt friedlicher.
- [13] Das sind die hauptsächlichlichen Herausforderungen, mit denen man konfrontiert ist, wenn man die Idee des Nationalismus verteidigt. Ich werde diese drei Aussagen nun näher untersuchen und dabei auf die Einwände eingehen. Allerdings gibt es noch eine grundsätzliche Schwierigkeit: Kann man überhaupt allgemeine Aussagen über das Thema treffen? Die Ansichten über Nationalität und ihre Bedeutung streuen sehr breit, nicht nur zwischen Gesellschaften, sondern auch zwischen Einzelnen. Kann die Haltung zu Nationalität nicht lediglich eine höchstpersönliche Perspektive sein? Ich halte das für eher unwahrscheinlich. Meines Erachtens gibt es zwei Gründe, warum Nationalität für viele Menschen persönlich eine nur geringe Rolle spielt: (1) In fortgeschrittenen liberalen Gesellschaften gibt es „in Ruhezeiten“ nur noch wenig Anlass zu nationalen Gefühlen. Wenn jedoch für eine Nation plötzlich viel auf dem Spiel steht, sieht das anders aus. (2) Viele, insbesondere „Linke“, weigern sich, sich nationale Gefühle zuzugestehen, die sie eher als peinliche Relikte einer primitiven Vorzeit betrachten – oft und zu Recht abgestoßen vom nationalen Pathos autoritärer Regime. Letztlich kann die Idee einer nationalen Identität nur jene überzeugen, die schon eine haben.
[Es folgt ein kurzer Überblick über die Kapitel]

2. Nationale Identität

Teil I

- [17] Nation ist kein objektiver **Begriff** der physischen Welt, sondern abhängig vom eigenen Selbstverständnis und damit variabel. Hilfreich ist vielleicht die Analogie zu einem Team: Auch bei einem bestehenden Sportteam kann man geteilter Meinung sein, ob es „wirklich ein Team ist“, d. h. produktiv und einig zusammenarbeitet. Diese Tatsache kann sowohl aus der Innensicht als auch von außen umstritten sein und nicht einfach durch Befragung geklärt werden.
- [18] Zwei typische Missverständnisse sind zu vermeiden: (1) Die Gleichsetzung von Nation und Staat. Es gibt nachweislich Staaten, die mehrere Nationen beheimate(te)n (z. B. UdSSR), und es gibt ebenso Nationen, die auf mehrere Staaten verteilt sind (Kurden, Palästinenser). (2) Auch Nation und Ethnie sind nicht das Gleiche, wenn auch konzeptionell nahe beieinander und oft stark überlappend. Ein Verständnis einer nationalen Identität erfordert die Kenntnis ihrer ethnischen Ursprünge, und Ethnizität ist immer wieder eine Quelle von nationaler Identität. Aber die USA sind eine multi-ethnische Nation, und viele ihrer ethnischen Gruppen machen keinerlei Anstalten, eine eigene nationale Identität zu entwickeln. Entscheidend ist, ob eine Ethnie sich mit ihrer nationalen Identität wohlfühlt.

Teil II

- [21] **Was unterscheidet nationale Identitäten von anderen Identitäten?** Was bedeutet es, von sich zu sagen, man sei Mitglied einer nationalen Gemeinschaft? Fünf Aspekte: (1) Anerkanntermaßen und empirisch belegt gibt es kein einziges objektives Kriterium, welches alle Nationen dieser Welt erfüllen. Eine Nation ist eine Glaubensfrage: Wenn die Mitglieder sich gegenseitig als solche anerkennen und der Überzeugung sind, dass sie die *relevanten* Kriterien erfüllen, dann sind sie eine Nation. (2) Eine Nation bedarf einer historischen Kontinuität. Es gibt bedeutsame historische Ereignisse, und die Vorfahren haben „Opfer“ gebracht, welche die heute Lebenden verpflichten, das Erbe zu verteidigen und in die Zukunft weiterzutragen – ein Erbe, das man schlecht ausschlagen kann. (3) Eine nationale Identität ist eine aktive Identität. Sie wird geformt durch gemeinsame Entscheidungen, Taten, Ergebnisse – auch die peinlichen, die man heute eher als nationale Schande empfindet. (4) Eine Nation ist an einen geografischen Ort gebunden, an ein „Heimatland“, welches politisch gesteuert werden kann. Dieses territoriale Element stellt die typische Verbindung zum Staat her, der per definitionem in einer geografischen Region die legitime Gewalt ausübt. (5) Es gibt verbindende Eigenschaften der Mitglieder einer Nation, früher gerne als „Nationalcharakter“ bezeichnet, was ich aber als gemeinsame öffentliche Kultur (*common public culture*) bezeichnen würde. Dies ist *nicht* biologische Abstammung – einige Nationen definieren sich geradezu über ihre ethnische Diversität. Auch müssen Mitglieder nicht im Heimatland geboren sein – sie müssen eine nationale Identität teilen.
- [26] Ein weiterer Irrtum ist, dass die gemeinsame öffentliche Kultur monolithisch und allumfassend sein müsse. Es ist eher eine gemeinsame Auffassung davon, wie man „anständig“ zusammenleben kann und welche

„Werte“ man pflegen sollte (Sprache, Religion, ...). Das lässt Raum für verschiedene private Kulturen, welche Speisen man isst, wie man sich kleidet, welche Musik man hört. Entscheidend ist nicht, dass ein Mitglied alle Kriterien einer nationalen Identität in definierter Weise erfüllt, sondern dass man „dazugehört“, was einen Spielraum lässt.

Teil III

- [27] Diese fünf Elemente – geteilte Überzeugungen und gegenseitige Anerkennung, historische Kontinuität, aktive Gestaltung, gemeinsames Gebiet und eine bestimmte öffentliche Kultur – grenzen Nationalität ab von anderen kollektiven Quellen persönlicher Identität. **Ist das ein modernes Phänomen, oder finden wir so etwas auch in grauer Vorzeit?** Beide Standpunkte werden vertreten, und zwar positiv und negativ konnotiert. Der Begriff „Nation“ ist in unterschiedlichen europäischen Sprachen unterschiedlich früh aufgetaucht. Bemerkenswert ist, dass an die Nation immer dann stärker appelliert wurde, wenn traditionelle Autoritätsstrukturen brüchig wurden. Die Nation ist also eine grundlegendere Quelle von Autorität, aber das setzt eine bestimmte Vorstellung von Nation voraus: Eine *handlungsfähige* Gemeinschaft (*common agency*). Die Ideen von Nationalität und Volkssouveränität (*popular sovereignty*) sind (wurden) eng miteinander verbunden.
- [30] Unter diesem Aspekt ist Nationalität eine moderne Idee: Während Abgrenzung, Heimatland und Verpflichtung auch schon im Altertum thematisiert wurden, ist die Idee des Volkes als politischer Souverän, gemeinsam handelnd und politische Institutionen bildend, neu und anders. Diese Vorstellung ist kaum kompatibel mit konservativen Ansichten einer (notwendigen) Elitenherrschaft.

Teil IV

- [31] **Ist eine nationale Identität ein vertretbarer Teil der Persönlichkeit?** Das ist die Frage, die uns im Rest dieses Kapitels begleiten wird.
- In diesem Teil geht es um die **Abhängigkeit der nationalen Identität von den Massenmedien**. In modernen anonymen Gesellschaften muss die Übereinstimmung der inneren Bilder durch Kommunikationsmedien erfolgen, die für alle zugänglich sind, denn die traditionellen Verbindungen über gemeinsame Abstammung oder persönlichen Kontakt stehen nicht mehr zur Verfügung. In gewisser Weise wird die Nation damit „mythisch“: Es gibt nichts Objektives, was sie zusammenhält, außer dem gemeinsamen Willen. Eine Nationalsprache spielt dabei eine wichtige Rolle, sei es, dass sie schon existiert, sei es, dass sie erst dazu gemacht wird. Plus Geschichtsschreibung: Es muss ein plausibles (und attraktives) Narrativ geben – auch wenn es historisch mitunter nicht korrekt ist.

Teil V

- [35] Nationale Identität ist damit also zu einem Gutteil ein sozialer Mythos, der strikt rationalen Kriterien nicht genügen kann – und damit auch fragwürdig ist als ethische und politische Kategorie. **Aber dieser Mythos kann Gemeinschaften als ethische Gemeinschaften auch unterstützen:** eine generationenübergreifende Kontinuität sowie gemeinsame Werte und Solidarität (Beispiel des britischen *Spirit of Dunkirk*). In der Regel werden die Mythen nicht erfunden, sondern sind eine bestimmte Interpretation historischer Fakten. Erfunden werden eher Details, vor allem aber werden unliebsame Fakten ausgelassen, die nicht zur nationalen Identität passen. Teilweise gehört das zur Staatsdoktrin (Beispiel der Tilgung Trotzki's aus der bolschewistischen Geschichte), aber solche Fälle sind selten.
- [39] Die interessante Scheidelinie verläuft somit nicht zwischen „wirklicher“ und „nationaler“ Geschichtsschreibung, sondern zwischen offener Debatte und repressiver Indoktrination. Nur im letzteren Falle wird die Leugnung historischer Fakten wirklich bedeutsam sein. In offenen Debatten finden wir häufig ein Gleichgewicht zwischen jenen, die Geschichte schönfärben, und jenen, die auf die dunklen Kapitel eben jener Geschichte hinweisen. Man könnte auch sagen: Nationale Mythen können eine sehr unterschiedliche (moralische) „Qualität“ haben.
- [41] Aber noch mal: Wozu diese Mythen? Wofür nationale Identität? Der Punkt ist, dass nationale Gemeinschaften tief verbunden *sind*, durch soziale Praxis, Sprache, Feste, sogar durch die physische Gestaltung der Landschaft (Eigentum, Straßenbau, Infrastruktur, ...). Zu fordern, man solle auf allen „nationalen Firlefanz“ verzichten, ignoriert die faktische Ausgangslage. Eine Nation ist nicht zufällig zusammengewürfelt wie die Insassen eines Rettungsbootes.
- [42] Nachdem ich versucht habe zu erklären, was das „Nationale“ in „nationaler Identität“ ausmacht (und von anderen Facetten von Identität unterscheidet), bleibt noch eine Frage in diesem Kapitel offen: Inwieweit ist es *vertretbar*, das Nationale als Teil der persönlichen Identität zu betrachten? Dagegen spricht, dass „Identität“ etwas ausschließlich selbst Gewähltes, selbst Erarbeitetes zu sein scheint, nicht etwas Zugefallenes wie Nationalität. Wir wünschen uns Menschen als reflektiert und selbstkritisch, gerade auch bezüglich ihrer Beziehungen zu anderen. Aber der Widerspruch ist nur scheinbar. Auch Identitätsanteile, die wir (zunächst) nicht gewählt haben, unterliegen der Reflexion, inwieweit und in welcher Form sie Teil unserer „Gesamtidentität“ werden sollen. Ich kann qua Geburt Jude sein, aber *ob* und *wie* ich das praktiziere, ist eine andere Frage und abhängig von vielen anderen Identitätsfragen. „Ein guter Deutscher“ zu sein, konnte im Nationalsozialismus die Teilnahme am Widerstand gegen Hitler bedeuten.

[44] Die Vorstellung, wir würden uns unsere Identität frei zusammenstellen (*radical chooser view*), ist kaum realistisch. Wir beginnen nicht bei Null, sondern entscheiden uns im Laufe unseres Lebens (immer wieder), wie wir unsere Identität (um)formen und wie wir mit Spannungen und Widersprüchen umgehen – und nationale Identität gehört dazu. Sie ist nicht fixiert, und sie hat auch nicht automatisch Vorrang (auch wenn nationale Hardliner das gerne so hätten).

3. Ethische Fundierung von Nationalität

Teil I

[49] Die zweite Aussage dieser (meiner) Auffassung von Nationalität ist, dass Nationen ethische Gemeinschaften sind, gegenüber deren Mitgliedern wir Verpflichtungen haben, die wir gegenüber anderen Menschen nicht haben. Dieser Grundsatz scheint quer zu liegen zum Grundsatz der Gleichheit aller Menschen. Um die Themen besser zu fassen zu bekommen, unterscheide ich zunächst **zwei Grundformen ethischen Denkens: Universalismus und Partikularismus**.¹ Für einen Universalisten sind alle Menschen gleich, und die (konkreten) Beziehungen zwischen ihnen (Familie, Freundschaft, Nation, ...) haben auf der grundsätzlichen Ebene keinen Einfluss auf ihre gegenseitigen moralischen Verpflichtungen. „Hilf den Bedürftigen“ gilt für meinen Nachbarn ebenso wie für jeden anderen. Ein Partikularist vertritt die Gegenposition: Es sind gerade die Beziehungen, welche die moralischen Verpflichtungen definieren, und das zeigt sich vor allem im praktischen Alltag. Wie kann man zwischen diesen starken (und plausiblen) Intuitionen vermitteln?

[51] Aus der universalistischen Perspektive gibt es hauptsächlich zwei Argumentationslinien, mit denen partikuläre moralische Verpflichtungen begründet werden (könnten): (1) Es ist „praktischer“, sich jenen verpflichtet zu fühlen, die zum eigenen engeren Umfeld gehören. (2) Man kann solche Verpflichtungen explizit eingehen (Verträge, Mitgliedschaften).

Aus der partikularistischen Perspektive ist es relativ einfach, universelle Verpflichtungen zu begründen: Wir haben zu viele Beziehungen, als dass man einer immer den Vorzug geben könnte, und letztlich sind wir als Menschen allen anderen Menschen verbunden. Kommen Verpflichtungen in Konflikt, dann müssen wir die Ansprüche verantwortungsvoll abwägen.

[53] Allerdings bleibt ein grundsätzlicherer Unterschied zwischen den beiden Positionen. Man kann ihn (wenig hilfreich) so formulieren, dass Universalisten ethisch *unparteiisch* sind, und Partikularisten *parteiisch*. Universalisten werfen Partikularisten Parteilichkeit zugunsten engerer Bezugsgruppen vor. Auch ein Partikularist kann unparteiisch sein, allerdings wird sich das jeweils auf Mitglieder einer Gruppe mit *vergleichbaren* Rechten und Pflichten beschränken (alle Angeklagten gleich behandeln, alle eigenen Kinder gleich behandeln). Aber Parteilichkeit im moralisch relevanten Sinne bedeutet eher, ethische Regeln zugunsten bestimmter Personen (möglicherweise zu meinen Gunsten) zu *verletzen*. Das wirft noch eine weitere Frage auf: Wie weit muss man seine eigenen Ziele zurückstellen, um ethische Pflichten „unparteiisch“ zu erfüllen?

[55] Der Hauptvorwurf der Universalisten an die Partikularisten ist der, dass Gefühle die Vernunft dominieren würden, mit der Gefahr von Ignoranz und Inkonsistenz – kurz: Irrationalität. Letztlich steht hinter dem Universalismus das Bestreben, *ein* Grundprinzip der Ethik zu finden und aus ihm ein ethisches *System* abzuleiten. Den Hauptfehler des Universalismus sehen Partikularisten darin, dass Universalismus zu abstrakt und „unrealistisch“ für normale Menschen sei. Moralität und Identität seien nicht zu trennen. Der wahre Universalist sei nicht nüchtern, sondern enturzelt, bar jeder Bindung.

Teil II

[58] Selbst wenn man anerkennt, dass aus universalistischer Sicht auf einer grundsätzlichen Ebene keine „nationalen Verpflichtungen“ bestehen: Wie sieht es denn auf einer weniger grundsätzlichen Ebene aus? Dabei ist zwischen nationaler Identität und Staatsangehörigkeit zu unterscheiden. **Könnte ein ethischer Universalist nationale Verpflichtungen begründen?** Wenn man (1) Nation als freiwillig gewählte Gemeinschaft auffasst, dann treten gewisse Schwierigkeiten auf: Wie erfolgt der „Beitritt“ zu einer historisch begründeten Gemeinschaft, und warum sollte ein Universalist das überhaupt tun – welche Rechte und Pflichten erwartet er legitimerweise von einer Nation (nicht von einem Staat!)?

[60] Beim Staat könnte man noch argumentieren, dass die (implizite oder explizite) Zustimmung und Teilnahme an gemeinsamen Praxen entsprechende Verpflichtungen erzeugt (Fairness). Aber dieses vertragstheoretische Argument kann nicht ohne weiteres erklären, warum so ein „Sonderfall Staat“ überhaupt *entsteht*, geschweige denn eine Nation, denn auch die große Weltgemeinschaft oder viel kleinere Gemeinschaften können solche „Verträge“ mit bedingten Verpflichtungen begründen.

[62] Wenn man (2) eine Nation als nützlichen Vertrag auffasst, vermeidet man einige Schwierigkeiten, kann aber ebenfalls nicht erklären, warum gerade Mitglieder der gleichen Nation besser als andere geeignet sein sollen, beispielsweise gegenseitige Unterstützung im Notfall zu leisten. Aus diesem Argument würde eher abzulei-

¹ Partikularismus: Kleinere Einheiten beanspruchen für ihre Rechte und Interessen gegenüber dem Ganzen ein höheres Gewicht. [Anm. A.S., vgl. deutsche Wikipedia]

ten sein, dass reichere Nationen den ärmeren helfen. So oder so: Aus einem ethischen Universalismus heraus kann man Nationen nicht rational begründen und muss Nationalismus wohl als *derzeit* notwendiges Übel betrachten, dem einige offensichtlich anhängen. Diese Ausführungen sind keine grundsätzliche Universalismuskritik, sondern sollen nur die Unvereinbarkeit von Universalismus mit der Vorstellung nationaler Grenzen aufzeigen.

Teil III

- [65] **Die partikularistische Begründung von Nation** beginnt damit, dass Mitgliedschaft und Bindung *grundsätzlich* ethische Bedeutung haben. Loyalität erfordert (im Zweifel) die besondere Berücksichtigung der Interessen der Mitglieder. Das ist kein streng reziproker Austausch, aber ein Ideal, und er betrifft nicht alle Ansprüche, sondern nur diejenigen mit einer Verbindung zum gemeinsamen „Gruppengrund“.
- [66] Auf welche Motivation kann eine solche ethische Bindung hoffen? (1) Im „Normalfall“ werden meine privaten Ziele und die Gruppenverpflichtungen nicht in Konflikt stehen. Wenn sie es generell tun würden (wie im Falle eines universalistischen Utilitarismus), dann wird die Motivation gering sein. (2) Wenn die Einlösung von Verpflichtungen notwendig wird, kann man solches Handeln (auch) als eigenen Nutzen verbuchen, weil man insgesamt nützliche Beziehungen stärkt. (3) Eine solche informelle Reziprozität kann eine gute Basis für formale, stärkere Systeme sein, die von gegenseitigem Nutzen sind.
- [68] Inwiefern trifft das nun auf Nationen als Gemeinschaften zu? Tatsächlich sind „nationale Verpflichtungen“ sehr schwer festzunageln und bleiben vage, aber das entspricht lediglich der Vagheit des Nationenbegriffs als „imaginierte Gemeinschaft“. Die Nation selbst legt fest, kommuniziert und überwacht, wie diese Verpflichtungen innerhalb ihrer öffentlichen Kultur aussehen und erfüllt werden, als Gemeingüter oder Teil des gemeinsamen Erbes. Das klingt nun nach einem sehr dialektischen Verhältnis. Aber man sollte diesen Punkt nicht überbewerten und vor allem nicht glauben, diese öffentliche Kultur sei politisch leicht manipulierbar. Sie ist oft ziemlich resilient. Das bedeutet auch, dass diese ethischen Verpflichtungen nicht einfach nur „Traditionen“ sind, sondern in einem öffentlichen Diskurs im Laufe der Zeit rational hinterfragt, debattiert und angepasst werden (beispielsweise die Form des Gesundheitswesens) – zumindest in demokratischen Gemeinschaften.
- [70] Eine Nation unterscheidet sich von schwächeren Gemeinschaften vor allem dadurch, dass diese Verpflichtungen stark gefühlt werden und weitreichend sind – und trotzdem im Idealfall Ergebnis eines öffentlichen Diskurses sind. Das wird noch deutlicher, wenn wir die Grenzen von Nation und Staat zusammenfallen lassen. In diesem Fall sorgen öffentliche Institutionen für ein hohes Maß an formaler Reziprozität und Verlässlichkeit, so dass diese Rolle nicht mehr allein von „nationalen Verpflichtungen“ übernommen werden muss. Aber deshalb wird Nationalität nicht irrelevant, sondern sorgt dafür, dass ein hohes Maß an *generalisierter* Reziprozität möglich wird, im Gegensatz zu bloßer Fairness bei „reiner“ Staatsangehörigkeit (direkte Reziprozität, Versicherungsmentalität). Es gibt also gute ethische Gründe dafür, dass die Grenzen von Nation und Staat zusammenfallen sollten.

Teil IV

- [73] Der Universalist könnte nun fragen: Schön und gut – aber was ist mit den **Verpflichtungen gegenüber allen Menschen**? Kommen die noch vor in diesem Nationen-Bild? Nun, zum einen sind auch sie Mitglieder von Nationen, nicht isolierte, einsame Menschen. Zum anderen gibt es sowohl aus universalistischer wie partikularistischer Sicht eine Verpflichtung, Menschen in existentieller Not zu helfen (Grundbedürfnisse: Nahrung, Unversehrtheit), egal wo sie leben. Aber es kann zu Konflikten kommen: (1) Gesundheitsausgaben kennen keine natürliche Obergrenze. Wie teilt man ein Budget „gerecht“ zwischen der eigenen, nationalen Gemeinschaft und einem fremden Volk auf? Einfach nur zu sagen: „Grundrechte gehen vor“ ist nicht wirklich annehmbar. (2) Was machen wir, wenn ein Grundrecht aus unserer Sicht (z. B. Schulbildung) in einer anderen Gemeinschaft als disruptiv angesehen wird? Müssen wir dieses Grundrecht durchsetzen oder die alternative Sicht akzeptieren? Der dritte Punkt ist noch schwieriger: (3) Warum sind eigentlich wir als Außensteher für Gemeinschaften verantwortlich, die selbst nationale oder Gruppenverpflichtungen haben? Große Hungerkatastrophen werden unstrittig sein, aber was ist, wenn die Eliten eines fremden Landes versagt haben und weiter versagen? Sind wir dennoch moralisch verpflichtet zu helfen? Und wie weitgehend?
- [76] Wenn man die Souveränität von Staaten ernst nimmt, dann grenzt das die Verpflichtung von Außenstehenden zur Hilfe deutlich ein, denn man kann nicht beliebig viel Druck auf Staaten ausüben. Hier kommen zwei typische liberale Prinzipien (Souveränität und Humanität) klar in Konflikt. Die Verpflichtung verschwindet nicht ganz, wird aber schwach. Um noch deutlicher zu werden: Universalisten, die an die Verpflichtung glauben, Grundrechten weltweit Geltung verschaffen zu müssen, sollten sich ernsthaft mit der Option eines wohlmeinenden Imperialismus befassen. Wenn Staaten offensichtlich versagen, dann ist das die einzig logische Schlussfolgerung. Dass diese Option nicht einmal erwogen wird, zeigt meines Erachtens zum einen

deutlich die Inkonsequenz von einigen Universalisten und zum anderen, welche Bedeutung die Idee nationaler Selbstbestimmung für uns hat.²

- [78] Möglicher Kompromiss: Die Bevorzugung von Landsleuten ist gerechtfertigt, *vorausgesetzt* dass die Grundrechte anderer (dadurch) nicht verletzt werden. Aber auch das ist nicht so eindeutig, wie es scheint. Wenn die Grundrechte (z. B. auf Ernährung) durch die jeweiligen eigenen Landsleute verletzt werden, sind Außenstehende nicht in der gleichen Weise in der Pflicht. Zu all diesem gibt es später noch mehr zu sagen. Langer Rede kurzer Sinn: Eine ethische Fundierung von Nationalität ist plausibel, und es ist an den Universalisten zu zeigen, dass eine globale Verantwortung nicht im Gegenteil zur Bindungslosigkeit führt.

4. Nationale Selbstbestimmung

Teil I

- [81] Die dritte und letzte Aussage der hier dargestellten Auffassung von Nationalität besagt, dass Nationen berechtigterweise politische Selbstbestimmung beanspruchen dürfen – ein Anspruch, der nicht immer erfüllbar ist, wenn beispielsweise verschiedene Nationen gemeinsam auf einem Territorium leben. Es muss auch nicht immer ein eigener Staat sein, selbst wenn das im allgemeinen Fall die beste Lösung ist. **Was spricht für nationale Selbstbestimmung?** Es gibt zwei grundsätzliche Argumentationslinien: (1) Vorausgesetzt, man akzeptiert das Konzept nationaler Identität, dann könnte man zeigen, dass nationale Selbstbestimmung sinnvoll ist. (2) Man könnte auch andersherum vorgehen und argumentieren: Staaten können besser funktionieren, wenn ihre Bürger auch Landsleute sind.
- [83] Beginnen wir mit (1). Der kritische Punkt ist: Ist der Selbstbestimmungsanspruch für die Mitglieder einer Nation *legitim*? Erste Begründung (a): Wenn Nationen Verpflichtungsgemeinschaften sind, dann ist ein Staat eine gute Möglichkeit, diese Verpflichtungen institutionell abzusichern („offizielle“ Reziprozität zusätzlich zur etwas vagen nationalen Reziprozität). Gäbe es dazu überhaupt Alternativen? (a1) Die politische Autorität ist subnational, d. h. die Nation ist verstreut auf viele (Klein)Staaten (Beispiele: Deutschland oder Italien vor der Staatsgründung im 19. Jahrhundert). Nationale Selbstbestimmung würde dann einen internationalen Transfer zwischen den Staatsbudgets erfordern – schwierig bis unrealistisch, da die Staaten oft in Rivalität zueinander stehen. (a2) Die politische Autorität ist supranational, d. h. der Staat umfasst mehrere Nationen (Vielvölkerstaat). In Jugoslawien waren die ökonomisch wohlhabenderen Slowenen immer verärgert darüber, dass sie einen zum Bevölkerungsanteil überproportional hohen Anteil zum Staatshaushalt beitragen mussten. Der Ausweg besteht entweder in einem administrativen Minimalstaat – oder einem ökonomischen Föderalismus, womit wir wieder nahe an der Forderung Nation = Staat sind.
- [85] Zweite Begründung (b): Schutz der nationalen Kultur. Wie ich bereits argumentiert habe, ist eine nationale Kultur eine wichtige (nicht die einzige) Ressource für ihre Mitglieder und kann auch nicht beliebig gegen eine andere, „größere“ oder „höhere“ Kultur getauscht werden. Aber muss sie deshalb staatlich geschützt werden? Theoretisch könnte man die Bewahrung der gemeinsamen öffentlichen Kultur auch den vielen Einzelnen überlassen. Aber das erfordert Ressourcen, und einige kulturelle Gemeingüter würden dabei vermutlich auf der Strecke bleiben, weil dem Einzelnen nicht beliebig viel „kultureller Altruismus“ zugemutet werden kann. Theoretisch könnte auch ein supranationaler Staat das leisten, aber das ist ebenfalls ein schwieriger Balance-Akt (Kanada, Belgien). Am einfachsten ist ein Nationalstaat.
- [88] Dritte Begründung (c): Nationale Selbstbestimmung ist Ausdruck eines persönlichen, kollektiv geteilten Willens zur Gestaltung des gemeinsamen Unterfangens (kollektive Autonomie). Die Existenz dieses Willens kann man sowohl faktisch als auch normativ in Frage stellen. Es mag faktisch an persönlichem Interesse Einzelner fehlen, und das Ganze kann inakzeptable Formen von individueller Freiheitsbeschränkung annehmen. Es setzt voraus, dass der Staat tatsächlich das tut, was das Volk will. Letzteres ist am ehesten in demokratischen Staaten gegeben, ohne dass dies eine notwendige Bedingung darstellt. Somit lässt sich feststellen, dass der Wunsch nach Selbstbestimmung nicht nur im Nationenbegriff selbst steckt, sondern auch aus anderen Aspekten von Nationalität abgeleitet werden kann.
- [90] Nun zu (2), dass „mono-nationale“ Staaten vermutlich besser funktionieren: Es geht um die Rolle von Vertrauen, sowohl der Einzelnen untereinander als auch im Verhältnis zum Staat. Viele staatliche Aktivitäten erfordern freiwilliges Mitmachen (oder Unterlassen) – man kann nicht alles ausschließlich institutionell durchsetzen (z. B. Umweltschutz). Auch erfordert Solidarität in schwierigen Zeiten Vertrauen in die Notwendigkeit und Angemessenheit (z. B. Subventionen für schwächelnde Industrien). Aber auch ein „Nachtwächter-Staat“, der nur noch die Minimalvoraussetzungen des Marktes sicherstellt, funktioniert nicht ohne Vertrauen. Es sollte klar sein, dass in einer anonymen Gesellschaft gemeinschaftliche Bindungen eine wichtige Quelle von Vertrauen sind, und eine national-territoriale Gemeinschaft ist eine besonders naheliegende Form davon. Das Ganze wird besonders deutlich in umverteilenden Wohlfahrtsstaaten, welche demokratische Legitimation

² Ich bin überrascht: Miller ist (ähnlich wie Michael Sandel) ein Meister der vornehmen Zurückhaltung. So zornig habe ich ihn selten erlebt. [Anm. A.S.]

on nur erreichen, wenn der „Sinn“ erkennbar wird und bleibt. John Rawls beispielsweise setzt solche gemeinschaftlichen Bindungen in seinem Gedankenexperiment zur *original position* implizit voraus.

- [94] Nun kann man multinationale Staaten *mit* sozialer Umverteilung (Belgien, Kanada, Schweiz) und Staaten mit nur einer nationalen Identität *ohne* soziale Umverteilung (USA) als Argumente gegen den dargestellten Zusammenhang anführen. Allerdings haben (1) die USA als *nationale* Kultur einen bemerkenswert starken Individualismus, der einem Wohlfahrtsstaat entgegensteht, und (2) haben die genannten multinationalen Staaten alle eine starke nationale Kultur *neben* weiteren Quellen subnationaler Identität (Sprache, Region). Kanada ist ein spezieller Fall, und die Zukunft des kanadischen Modells ist in der Tat etwas ungewiss. Gerade in multinationalen Staaten muss die Politik auf „Fairness“ achten. Das bedeutet geringere Zentralisierung und höhere Konsensanforderungen (hier legendär: die Schweiz).
- [96] Vertrauen ist schließlich auch notwendig für das Funktionieren einer (deliberativen) Demokratie, damit ein rationaler und moderater öffentlicher Diskurs stattfinden kann, der nicht auf Partikularinteressen ausgerichtet ist. Auch dies wird durch eine gemeinsame nationale Identität erleichtert.

Teil II

- [99] Was bedeutet nationale Selbstbestimmung für die **Souveränität eines Staates** und seine **Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten**? Souveränität hier nur in Kürze: Ein Staat ist souverän, wenn er von innen als höchste Entscheidungsautorität für das Gebiet innerhalb seiner Staatsgrenzen angesehen wird und wenn diese Entscheidungen von außen nicht in Frage gestellt werden können. Das bedeutet, dass ein Staat bezüglich einer Angelegenheit souverän sein kann, bezüglich einer anderen nicht. Die von mir vertretene Idee von Nationalität gilt für alle Nationen gleichermaßen und findet insofern ihre Grenze im Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen. Inwieweit muss ein Staat dafür Souveränität besitzen?
- [100] Das Leitbild ist hier das eines Volkes, das seine nationale Identität bewahrt und Angelegenheiten von kollektiver Bedeutung demokratisch regelt. Es ist schwierig, abstrakt festzulegen, welche Angelegenheiten das sind (oder gar in Zukunft sein werden) und welche Art von Autorität mit welchem Einflussbereich es dafür braucht. Für die Briten beispielsweise könnte es eine Frage der nationalen Identität sein, ob das britische Pfund durch eine europäische Währung abgelöst wird. Zur Erinnerung: Was relevant ist, ist „nationale Ansichtssache“. Daraus folgt keine generelle Notwendigkeit für völlige staatliche Souveränität. Teile davon können an höhere Institutionen abgegeben werden, aber sozusagen unter dem Vorbehalt der Rückforderung.
- [101] Vielleicht ein paar konkrete Beispiele: (1) Verteidigungspolitik. In Zeiten des Post-Imperialismus gibt es keine Notwendigkeit *eigener* Armeen für die Gewährleistung nationaler Sicherheit. Das kann gut an eine Konföderation abgegeben werden. (2) Am anderen Ende liegt Sozialpolitik. Da geht es ganz wesentlich um gemeinsame Ideale und eine eigene Identität (Bildungspolitik!) – und auch geteilte Vorstellungen über Lebensstandard. Das muss nationale Politik bleiben. (3) Wirtschaftspolitik liegt dazwischen – besser gesagt, es gibt starke Argumente in beide Richtungen. Freihandel vs. Protektionismus, Agrarpolitik mit ihren Umweltauswirkungen, Mitbestimmung für Arbeitnehmer, ... alles Themen, von denen sowohl Landsleute als auch Menschen in anderen Ländern betroffen sind und wo keine einfachen Antworten existieren. Diese Fragen nationaler Souveränität gehören meines Erachtens derzeit zu den großen Menschheitsproblemen. Auch hier kann ein Staat seine Souveränität wohl nur unter Vorbehalt aufgeben (zumal innerhalb eines Landes die Fronten wechseln können: In Großbritannien waren erst *Labour*, dann die *Tories* „europafeindlich“).
- [103] Nun zum zweiten Thema dieses Teils: **Welche Grenzen setzt uns das nationale Selbstbestimmungsrecht anderer Staaten**? Gesetzt den Fall, dass beide „gutwillig“ sind, dann sind vier Verpflichtungen gemeinhin anerkannt, eine fünfte ist etwas problematischer: (1) Keine militärische oder physische Verletzung des anderen Staatsgebietes, (2) keine Ausnutzung einseitiger Abhängigkeiten, weder militärisch noch ökonomisch, (3) Achtung gegenseitiger oder internationaler Verträge, (4) gegenseitige Unterstützung bei Naturkatastrophen, Dürre oder ähnlichen Ereignissen. Nicht ganz so einfach ist (5): Die Verpflichtung, jene natürlichen Ressourcen (Landfläche, Frischwasser, Erze, ...) fair zu teilen, auf die nicht ohne weiteres ein natürlicher Anspruch des „glücklichen“ Staates besteht, der über sie verfügt. Gerade hier ist es schwierig, ein Leitprinzip zu entwickeln, welches den Umgang damit regelt: Wie bewertet man Ressourcen als solche, wie bemisst man den notwendigen (und zu entschädigenden) Gewinnungs- und Veredelungsaufwand, wer „benötigt“ kulturabhängig welche Ressourcen? Kohärent vertretbar erscheint nur der Standpunkt, dass jeder Staat das Recht auf ein „Existenzminimum“ an Ressourcen hat, so dass nationale Selbstbestimmung möglich wird.
- [106] Verpflichtung (3) erfordert ebenfalls einen Zusatzkommentar: Angenommen, ein souveränes Recht wurde vertraglich abgegeben an eine höhere (supranationale) Ebene, und der Staat will es „zurückhaben“, aber die supranationale Institution (d. h. die anderen Staaten) will es eigentlich nicht „zurückgeben“. Wenn das Recht (neuerdings) vital für den Staat ist und nicht akut die Rechte anderer Staaten verletzt, sollte das möglich sein.
- [107] Dieses Bild von internationaler Gerechtigkeit, das ich hier entworfen habe, skizziert eine Welt, in der Nationalstaaten selbstbestimmt sind, aber auch die Selbstbestimmung anderer achten, durch Nichteinmischung und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe. Man kann auch ganz anders argumentieren (Charles Beitz): Das Rawls'sche Differenzprinzip verpflichtet Staaten, so zu handeln, dass die am schlechtesten gestellten Staaten besser gestellt werden, im Zweifel durch „ökonomische Bevormundung“. Heute gibt es keine Verpflichtung

zu gegenseitiger Hilfe, außer einer moralischen im Falle von Katastrophen. Das mag herzlos klingen, folgt aber aus der Akzeptanz nationaler Souveränität: Staaten dürfen selbst entscheiden, im Guten wie im Schlechten. Insofern kann hier nicht mit Rawls argumentiert werden.

Teil III

[108] **Nun zu den schwierigen Fällen, wo die Grenzen von Nation und Staat nicht übereinstimmen.** Gegen das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung wird regelmäßig angeführt, dass es nicht realistisch sei, alle Grenzen so zu ziehen, dass Selbstbestimmung in allen Fällen möglich werde. Was sagen denn Liberale bisher zum Thema Staatsgrenzen? Interessanterweise werden zwei radikal gegensätzliche Positionen vertreten: (1) Klassisch liberal: Solange ein Staat seine Sache ordentlich macht (John Locke: Leben, Freiheit, Eigentum gewährleisten), gibt es kein Recht auf Sezession. Wenn nicht, dann schon. *Keine* Minorität hat das Recht auf eine Sezession, wenn nicht zwingende Gründe dafür sprechen. Nationale (kulturelle) Identität ist kein zwingender Grund. (2) Die zweite, modernere Version spricht Minoritäten das Recht ab, sich *überhaupt* auf eine kulturelle Tradition zu berufen, um Staatsgrenzen zu verschieben (manche machen sich sogar darüber lustig). Das einzige, was zähle, sei ein Konsens über die Grenzziehung, und der könne von jeder Minorität herbeigeführt werden, nicht nur einer nationalen Minorität. Das hört sich nach einem Rezept für Anarchie an. [Diskussion der Enklave Berg-Karabach in Aserbaidschan] Konsequenzgedacht, endet man in immer kleineren, „national bereinigten“ Einheiten – oder in größeren, womit letztlich nicht das erreicht wird, was man eigentlich will.

[112] Das Prinzip Nationalität hingegen schaut nicht auf materielle Interessen oder individuelle Grenzwünsche, sondern wie man nationale Identitäten politisch absichern kann. *Nur* der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung kann Anlass für eine neue Grenzziehung sein. Ethnische (und andere) Minderheiten können auch andere Lösungen anstreben (Schweiz, USA). Nur wenn zwei klar unterscheidbare Nationen mit kaum zu vereinbarenden nationalen Identitäten auf einem Staatsgebiet leben, stellt sich das Problem einer Sezession, und die muss dann gut abgewogen werden, damit man in den neuen Grenzen nicht die alten (ernsthaften) Probleme reproduziert oder gar neue provoziert (neue Minderheiten, Abgeschnittensein von Ressourcen etc.). Mit anderen Worten: Die Sezession muss „realistisch“ sein, und das ist kein Freifahrtschein für Separatismus. Wenn Sezession nicht realistisch ist, muss man nach anderen, weniger umfassenden Lösungen suchen, die zwar stark von der jeweiligen Situation abhängen, aber es scheint drei typische Fälle zu geben.

[116] (1) Die Nation und/oder das neue Staatsgebiet sind zu klein, um erfolgreich einen eigenen Staat „zu betreiben“. Hier bietet sich weitgehende Autonomie bei unveränderter Staatszugehörigkeit an (Inuit, Cook Islands). (2) Innerhalb des abzuspaltenden Staatsgebietes befindet sich eine substantielle Minderheit, die sich mit der Nationalität des ursprünglichen Staates identifiziert (Quebec in Kanada). Hier könnten vitale Interessen der sezeptionswilligen Nation konstitutionell so abgesichert werden, dass für diese Aspekte nationale Selbstbestimmung erreicht wird, aber der Staat sich immer noch als Staat aller versteht. (3) Der interessanteste Fall ist vermutlich, wenn die meisten Bewohner des relevanten Gebietes bezüglich ihrer nationalen Identität ambivalent sind (eine „engere“ und eine „weitere“ Identität, z. B. Basken in Spanien, Schotten im Vereinigten Königreich). Vollständige Unabhängigkeit würde diesem Fall nicht gerecht, so dass hier eine konstitutionelle Teil-Autonomie am effektivsten ist.

Bevor wir den nächsten Fall diskutieren können, wo zwei Nationalitäten gleichmäßig verteilt im gleichen Gebiet leben, so dass nicht einmal Teil-Autonomie eine Lösung sein kann, müssen wir im nächsten Kapitel die Rolle untersuchen, die kulturelle Minderheiten für Nationalität spielen.

5. Nationalität und kultureller Pluralismus

Teil I

[119] Mit der positiven Erfahrung nach dem Zweiten Weltkrieg, dass Nationalstaaten internationale Konflikte gewaltfrei lösen können, ohne ihre Autonomie zu opfern, verschob sich beim Nationalismus der liberale Fokus vom Treiber *zwischenstaatlicher* Konflikte auf die mögliche Unterdrückung von Gruppen *innerhalb* eines Staates. Ist Nationalismus überhaupt ohne den Preis unterdrückter abweichender Identitäten zu haben, zugunsten einer dominanten Kultur der Mehrheit? **Für die Analyse, was das für die interne Politik eines Staates bedeutet, will ich mich von zwei anderen Positionen abgrenzen:** Konservativer Nationalismus und radikaler Multikulturalismus.

[120] (1) Beim konservativen Nationalismus wird die nationale Identität stets in Gefahr gesehen. Individuelle Freiheit ordnet sich im Konfliktfall daher den nationalen Erfordernissen unter, und Erziehung oder Immigration beispielsweise orientieren sich nicht an Grundrechten, sondern an der Bewahrung der nationalen Identität. (2) Beim radikalen Multikulturalismus hingegen soll der Staat allen in ihm vertretenen Identitäten gleiches Gewicht beimessen. „Authentische“ Formen von Identität aufgrund von Geschlecht, Ethnie, Religion usw. stehen höher im Kurs als eine misstrauisch beäugte, leicht manipulierbare nationale Identität. Zunächst spricht nichts dagegen, dass eine nationale Identität friedlich neben anderen Quellen von Identität stehen kann, solange man Nationalität nicht eng als *einzig*e legitime Quelle von Identität begreift. Konflikte

treten (nur) auf, wenn ein Kriterium Teil beider Identitäten ist, also beispielsweise eine Nation sich als katholisch begreift, ich selbst aber Protestant bin. Am schwierigsten ist ethnische Identität. Ethnien haben oft einen quasi-familiären Charakter und tragen ähnliche Züge wie Nationalität (kulturelle, territoriale etc. Bindungen). Vor allem aber trägt man seine ethnische Zugehörigkeit praktisch „immer und überall“ relativ offen zur Schau, ob man will oder nicht. Insofern stellt Ethnizität ähnliche Forderungen an den Staat wie Nationalität, aber Nationalität beinhaltet eigentlich immer eine „primäre“ Ethnizität, selbst wenn diese als verbindendes Element ein Stück weit konstruiert ist. Insofern kann man Ethnizität, im Gegensatz zu anderen Quellen von Identität, nicht als Privatangelegenheit abtun – es sei denn aus der Sicht eines nationalen Konservatismus. Ich beschränke mich hier auf die britische Spielart davon.

Teil II

- [124] Im Kern des (britischen) **konservativen Nationalismus** steht eine vertikale Auffassung von Nationalität, d. h. nationale Identität ist verbunden mit der Anerkennung der Autorität nationaler *Institutionen* (allen voran die Monarchie). Eine Nation ist einer Familie gleich, und das adäquate Verhalten aus konservativer Sicht ist hier wie dort *Respekt* vor den nicht selbst gewählten Autoritäten, seien sie nationale Institutionen oder die „natürliche Ordnung“, repräsentiert durch Alter, bedeutsame Orte, Traditionen, Benehmen etc. Anderenfalls droht moralische Orientierungslosigkeit. Diese Auffassung von Nationalität impliziert einiges andere: (1) Der Begriff der nationalen Institutionen ist weit gefasst und umfasst beispielsweise auch eine bestimmte Kirche. (2) Das, wovor man Respekt haben soll, muss vor Kritik geschützt werden, damit man den Respekt nicht verliert. Die Erhaltung der nationalen Mythen geht vor individueller Freiheit. Statt dessen soll das Individuum im Staat aufgehen, und diese Form von Gemeinschaft erfordert eine Haltung hin zu Heiligkeit, Intoleranz, Exklusion, Gehorsam, Wachsamkeit. (3) Die Immigration von Personen, die nicht bereits die nationale Kultur teilen, muss als destabilisierend für die nationale Identität betrachtet werden. Eine „Willkommenskultur“ ist geradezu das Gegenteil von nationaler Kultur.
- [126] Natürlich wissen Konservative, dass nicht alles bleibt, wie es ist. Aber Veränderungen müssen mit dem konservativen Ideal vereinbar bleiben, so dass man sich mitunter auch auf „Traditionen“ beruft, die eigentlich jüngeren Datums sind, aber ganz gut ins konservative Bild passen.
- [127] Nationale Identitäten sind nicht in Stein gemeißelt. Es gibt einen (momentanen) Kern, der aber nicht immun ist gegen Kritik. Die Alternative zu Respekt vor Traditionen ist dementsprechend nicht dezisionistische Belieblichkeit, sondern ein offener Diskurs über gesellschaftliche Veränderung. Die bestehenden Institutionen dienen als bewährter (nicht sakrosankter) Referenzpunkt. Inhalt der Diskussion werden konkrete Fragen sein, aber dahinter stehen grundlegendere: Wer sind wir, woran glauben wir? Bezüglich liberaler Freiheiten als notwendiger Voraussetzung dieses Diskurses dürfte kaum Uneinigkeit mit Konservativen bestehen. Aus dieser Perspektive kann auch die konservative Ablehnung von Immigration aufgeweicht werden. Immigration führt zu Problemen, wenn (1) die Einwanderungsrate zu hoch ist und soziale Institutionen (Schule, Gesundheitssystem) überlastet werden. Ein kultureller Unterschied wird dann in eine kulturelle Unvereinbarkeit gewendet, aber auf längere Sicht kann Integration funktionieren. (2) Problematisch ist auch, wenn die einwandernde Gruppe einen so starken Zusammenhalt hat, dass sie selbst nationale Ansprüche erhebt. Praktisch ist das nur der Fall, wenn die Einwanderung aufgrund von massiver Vertreibung erfolgt. Auch hier geht es eher um Einwanderungsraten als um strikte Ablehnung.
- [129] Der konservative Nationalist kommt von einer gültigen Prämisse (ein funktionierender Staat benötigt eine vorpolitische Basis in Form einer nationalen Identität) zu einem Fehlschluss (nur der aktuelle Zustand kann diese nationale Identität bewahren). Gesellschaftliche Veränderung und Immigration sind mit nationaler Identität kompatibel, so dass Kritiker und Immigranten keine Bedrohung darstellen müssen.

Teil III

- [130] Der Begriff „Multikulturalismus“ ist nicht scharf definiert und tendiert zum normativen Gebrauch. Im einfachsten Fall beschreibt er einfach die Pluralität der kulturellen Zusammensetzung zeitgenössischer Gesellschaften, also einen (hinzunehmenden) Fakt. Öfter allerdings geht es um die Frage des Umgangs damit. Unter den verschiedenen Versionen von Multikulturalismus ist der **Radikale Multikulturalismus** die größte Herausforderung für die Idee von Nationalität. Hier gibt es keine kulturelle Eigenheit mehr, auf deren Basis sich eine Gesellschaft definiert, sondern alle Identitäten sind gleichberechtigt. Der Staat ist neutral und versucht insbesondere nicht, kulturelle Differenzen aufzulösen oder ins Privatleben zu verbannen, sondern öffentlich anzuerkennen (*politics of difference*). Radikaler Multikulturalismus geht insofern weit über bloße Toleranz hinaus.
- [132] Nationalität passt natürlich nicht gut in dieses Schema. Sie wird (z. B. von Iris Young) als Streben nach Überwindung von Differenzen interpretiert, zugunsten der Dominanz einer Mehrheit über Minderheiten, und diese Interpretation wird abgelehnt. Statt dessen muss gerechte Politik als Aushandlungsprozess aufgefasst werden. Es soll keine vorgegebenen Normen oder keinen vorgefassten Konsens darüber geben, was Gemeinwohl bedeutet.

- [133] Was ist problematisch an dieser Position? Es wird ein falscher Gegensatz aufgebaut zwischen „authentischen“ und „aufgedrückten“ Identitäten und ihrem öffentlichen oder privaten Ausdruck. Nicht alle Schwulen möchten ihr Schwulsein aktivistisch nach außen tragen, und nicht alle Menschen, die einer Ethnie angehören, definieren sich selbstbewusst und öffentlich über diese Zugehörigkeit – und es ist auch nicht von vornherein ausgemacht, welche Variante ihren Gruppeninteressen besser gerecht wird. Menschen wählen den Umgang mit ihren Identitäten abhängig von ihrem Umfeld, den politischen Bedingungen, dem sozialen Druck. Es gibt nicht „die“ ethnische Identität, und die Reflexion darüber muss irgendwo zwischen einem Hyper-Voluntarismus und einem Hyper-Determinismus stattfinden. Somit ist eine nationale Identität nicht fragwürdiger oder weniger authentisch als ethnische oder andere sub-nationale Identitäten, im Gegenteil. Immerhin kann sie (unter günstigen Bedingungen) in deliberativen Diskursen geformt werden und dabei demokratischer werden (Australien als Beispiel).
- [135] Meines Erachtens feiert der Radikale Multikulturalismus bestimmte Identitäten übertrieben stark, auf Kosten von Nationalität. Dabei wird auch die positive Rolle übersehen, die das (mitunter überaus enthusiastische) Annehmen einer neuen Nationalität durch Einwanderer spielen kann, welche dadurch ihre Integration vereinfachen und beschleunigen wollen. In den USA wird die amerikanische Identität eher als *Ergänzung* einer jeweiligen ethnischen Identität verstanden (Michael Walzer), was es Neuankömmlingen einfacher macht („Bindestrich-Identitäten“), während in Großbritannien die „nationalen Kriterien“ unklar sind. Das führt dort dazu, dass einerseits Minoritäten die Klärung dieser Kriterien einfordern und dass andererseits diese Kriterien leicht zu instrumentalisieren sind (beliebige, schwer erfüllbare Kriterien, was es heiße, loyal zu Großbritannien zu sein). Nationale Identitäten sollten idealerweise einen klaren Fokus haben und nicht zu sehr auf gruppenspezifische kulturelle Eigenheiten setzen.
- [137] Man könnte nun einwenden, das Streben von Einwanderern nach einer „neuen“ nationalen Identität spiegele nur die Vorurteile wider, mit denen sie von der Mehrheit in ihrem neuen Heimatland konfrontiert werden (forcierte Assimilation). Aber das wird weder der Minderheit noch der Mehrheit gerecht. Die Minderheit *wünscht* sich ein Angebundensein an den Ort und seine Geschichte, sie braucht ein Narrativ, das sie mit der Mehrheit teilen, welches aber nicht zu eng gefasst ist. Und dieser Wunsch wird auch von den Minderheiten selbst geäußert (Zitat eines anglo-jüdischen Rabbi).
- [139] Die Mehrheit wiederum darf nicht mit unrealistischen Ansprüchen konfrontiert werden. Es reicht nicht aus, gegenseitigen Respekt und vor allem die Gewährung von Vorteilen einfach nur davon abhängig zu machen, dass man das gleiche Staatsgebiet bewohnt. Das erfordert eine Gemeinschaft im engeren Sinne. Der Standpunkt des Radikalen Multikulturalismus setzt eine gemeinsame Identität geradezu voraus und fordert gleichzeitig dazu auf, „aufgedrückte“ Identitäten abzulehnen. Das Dilemma wird noch deutlicher, wenn wir uns konkrete Politik anschauen. Wie will man denn Mehrheiten gewinnen gegen die (vermeintlichen) Ungerechtigkeiten, mit denen Minderheiten konfrontiert sind? Es reicht doch nicht, diese Ungerechtigkeiten nur aufzuzeigen, um Koalitionen zu bilden. Gerade für eine gemeinsame Politik der sozialen Gerechtigkeit braucht es Vertrauen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, und dieses Vertrauen basiert auf einer gemeinsamen Identität – beispielsweise einer nationalen Identität.
- [140] Radikale Multikulturalisten spielen Gruppendifferenzen gegen Gemeinsamkeiten aus, und sie geben sich zu wenig Mühe darzulegen, wie das praktisch funktionieren soll. Wie sollen Minderheiten eine Mehrheit überzeugen, deren Identität sie gleichzeitig zurückweisen? Der Instinkt der oben erwähnten überenthusiastischen Einwanderer, die bessere Amerikaner sein wollen als die geborenen Amerikaner, ist ein ziemlich gesunder, und die Multikulturalisten entpuppen sich als falsche Freunde derjenigen, deren Interessen sie unterstützen wollen.

Teil IV

- [141] Auch wenn eine amerikanische Identität allen Ethnien zugänglich war (keine ethnisch fundierten Werte und Symbole), bedeutet das nicht, dass man ethnische oder andere kulturelle Identitäten mit einer nationalen Identität nur versöhnen kann, wenn man die nationale Identität hinreichend „verdünnt“ und auf Verfassung und Institutionen beschränkt. Das war auch in Amerika nicht der Fall. In einem längeren Prozess entwickelte Amerika eine eigenständige Geschichte und Kultur, trotz starker einzelner ethnischer Einflüsse (z. B. angelsächsisch). Das ist zwar kein allgemein anwendbares Modell (Gegenbeispiele Kanada, europäische Länder), aber instruktiv: Wenn eine gemeinsame Nationalität gelingen soll, dann muss die nationale Identität von Anteilen befreit werden, die für eine ihrer Gruppen unannehmbar sind, und gleichzeitig müssen diese Gruppen Anteile *ihrer* Werte zurückhalten, die mit den gemeinsamen Prinzipien unvereinbar sind. Um das zu erreichen, müssen Staaten legitimerweise dafür sorgen, dass eine **Heranführung an nationale Traditionen und Denkweisen erfolgt, vor allem über Erziehung**. Im Gegensatz zum Multikulturalismus, für den Erziehung vor allem der Bewahrung kultureller Identität dient, ist dann die Schule ein Ort, wo nationale Identität reproduziert wird und demokratische Erziehung stattfindet – durchaus auch als Gegengewicht zur familiären Umgebung.
- [142] Dafür muss es so etwas wie ein nationales Curriculum geben. Frankreich mag als Beispiel dienen: Spätestens seit der Revolution gab es eine gezielte Politik, um die verschiedenen Bewohnerschaften „zu Franzosen

zu machen“, vor allem über Schulpflicht und Wehrpflicht. Im Unterricht wurde die Nation zu einer zentralen kognitiven und moralischen Kategorie, und das ist nur logisch: Wenn man allgemeine Bürgerrechte und großzügige Einwanderungsgesetze miteinander verbinden will, muss man hinzukommende Gruppen in die französische Nationalität integrieren. Man kann das als kulturelle Verstümmelung dieser Gruppen betrachten, aber vor allem Jugendliche handhaben das pragmatisch, denn das Erziehungssystem ist ihr Sprungbrett zum ökonomischen Erfolg. Anstatt einen Konflikt zwischen ihren Identitäten zu produzieren, versuchen sie das Beste aus beiden Welten mitzunehmen.

- [144] Am schwierigsten ist der Umgang mit religiösen Fundamentalisten, welche ein eigenes, abgeschottetes Bildungssystem einfordern (z. B. die Amish in den USA). Die beiden möglichen staatlichen Optionen – das nationale Bildungssystem ist rein säkular oder multi-religiös – tendieren beide dazu, Religions skeptizismus zu erzeugen, denn im ersten Fall wird Religion zur Privatsache marginalisiert, und im zweiten Fall werden Kinder mit ernsthaft vertretenen alternativen Glaubensrichtungen konfrontiert. Man kann diesen Anspruch auf Bildungs isolationismus ablehnen oder aber für kleine Gruppen anerkennen, solange sie das Gesamtgefüge nicht bedrohen (das Beispiel orthodoxer Juden in Israel, die den Staat nicht anerkennen). Aber diese Gruppen können nicht beides haben, nämlich kulturelle Isolierung beanspruchen und gleichzeitig Ansprüche an den Staat stellen.

Teil V

- [146] **Wie kann man eine nationale Identität so gestalten, dass sie gastlicher für kulturelle Minderheiten wird?** Ein möglicher Weg besteht in besonderen „kulturellen Rechten“. Wohl gemerkt, es geht hier nicht um nationale Minderheiten, die ich bereits behandelt habe, sondern um Gruppen mit einer ethnischen oder anderen kulturellen Identität. Zudem möchte ich substantielle und politische Rechte unterscheiden. Das Grundargument für solche Rechte ist ähnlich wie bei nationaler Identität gelagert, aber warum braucht es (in einer freiheitlichen Gesellschaft) überhaupt *spezielle* Rechte jenseits von Gleichbehandlung? Ein Argument lautet, dass Kulturen den Charakter eines öffentlichen Gutes hätten und deshalb der öffentlichen Finanzierung bedürftig, da sich sonst zu wenige Menschen an der aktiven Bewahrung und Pflege dieser Kultur beteiligen würden (Trittbrettfahrer-Problematik). Aber viele persönliche Vorlieben werfen ebenfalls Fragen öffentlicher Güter auf. Wie sollen staatliche Ressourcen hier verteilt werden?

- [148] Ein Argument für die besonderen Rechte von Minderheiten lautet, dass ihre Mitglieder sich diese Mitgliedschaft nicht ausgesucht hätten und unfreiwillig mit (ökonomischen) Nachteilen konfrontiert seien. Abgesehen davon, dass auch kulturelle Minderheiten sich anpassen (können), würde dieses Argument zu bizarren Konsequenzen führen, weil die Grenze zwischen individueller Minderleistung und kulturellem Bias völlig unscharf ist (z. B. kulturelle Widerstände gegen bestimmte Berufe). Das Einzige, was Minderheiten legitim beanspruchen können, ist Gleichheit, dass also die Mehrheit nicht einseitig ihre eigenen Interessen favorisiert. Dabei muss „Gleichheit“ so interpretiert werden, dass sie den kulturellen Eigenheiten auch gerecht wird.

Ein weiteres Argument lautet, dass eine Kultur nicht blühen kann, wenn ihr die Anerkennung ihrer Werte durch die Mehrheit versagt bleibt. Ganz allgemein ist dieses Argument sicherlich falsch, denn es gibt viele Gegenbeispiele, wo Kulturen gerade unter Druck ihre Identität bewahrt haben. Der Ruf nach öffentlicher Anerkennung kultureller Werte ist modernen Ursprungs. Paradoxi erweise bestätigt er gerade, dass die Minorität bereits eine nationale Identität mit der Mehrheit teilt, wenn sie an diese appelliert, ihre Besonderheiten anzuerkennen. Bei genauerem Hinsehen geht es eigentlich immer um Gleichbehandlung, also die Beseitigung von Diskriminierung (die durchaus subtil sein kann), nicht um Sonderrechte.

- [149] Soll man kulturellen Minderheiten politische Sonderrechte gewähren? Dazu müssen wir erst mal Natur und Zweck politischer Autorität klären und dabei die Standpunkte von Nationalität und Multikulturalismus (*politics of identity*) auseinanderhalten. Das Prinzip Nationalität führt uns zu einer republikanischen Auffassung von Bürgerschaft und deliberativer Demokratie. Hier gibt es zwei starke gegenläufige Argumente: Zum einen müssen in diesem deliberativen Aushandlungsprozess alle kulturellen Gruppen eine Stimme haben, zum anderen ist es eben ein Aushandlungsprozess, der Kompromisse erfordert. Kompromisse erzielt man, wenn sich alle ihrer bürgerschaftlichen Verantwortung bewusst sind und nicht nur unverhandelbare Standpunkte ihrer Gruppe auf den Tisch legen. Die formale Repräsentation von Minderheiten kann nur die zweitbeste Lösung sein. Besser ist es, wenn durch offene Auswahlprozesse Repräsentanten gewählt werden, die wissen, dass sie als *Bürger* und nicht nur als Gruppenvertreter gewählt wurden.

- [152] *Politics of identity* stehen dazu in einem scharfen Kontrast, und ich lehne sie scharf ab. Ihr Ideal ist Authentizität, und dafür ist die politische Arena ein ungeeigneter Ort. Wer soll denn eine kulturelle Gruppe authentisch repräsentieren, wenn sie unweigerlich in Subgruppen mit teilweise unvereinbaren Standpunkten zerfällt (z. B. Juden in Orthodoxe, Liberale, Säkulare usw.)? Konsequenter zue gedacht, gibt es keine authentische Repräsentation von mir außer mir selbst. Was dabei herauskommt, sind Sprecher, die viele nicht vertreten. Zum anderen ist der Wunsch nach Authentizität mit der Gefahr behaftet, dass ein (unvermeidlicher) politischer Kompromiss nicht nur als politische Niederlage, sondern als Herabwürdigung und Nichtanerkennung der ganzen Gruppe interpretiert wird. Der Anspruch ist zu hoch gehängt.

[153] Zusammengefasst unterstützt das Prinzip Nationalität eher eine Bürgerschaft auf der Basis von Gleichheit als eine Interessenvertretung von Gruppen. Ich lehne sowohl eine kollektive Identität ab, die Minderheiten aufgedrückt wird, wie auch eine völlige Auflösung von nationaler Identität, so dass der Einzelne nur noch Träger einer spezifischen Gruppenidentität ist. Statt dessen besteht die Herausforderung in einer Koexistenz. Ein solcher Standpunkt ist liberal und demokratisch.

6. Nationalität im Niedergang?

Teil I

[155] Den Argumenten, die ich hier entwickelt habe, wird entgegengehalten, sie seien ganz unabhängig von ihrer Geltung anachronistisch: **Die Ära von Nationen und Nationalstaaten neige sich unweigerlich dem Ende zu**, zumindest in westlichen liberalen Demokratien. Vier Gründe sprechen für diese These: (1) Der immer größere Einfluss eines Weltmarktes auf eine Vereinheitlichung von Konsum und Lebensstil, aber auch von kulturellen Vorstellungen. (2) Dazu trägt auch die immer größere Mobilität bei. Menschen reisen und erwerben so Kenntnisse über andere Kulturen aus erster Hand, stellen jedoch oft nur fest, dass die anderen auch nicht so anders leben. (3) Die Selbstdefinition von Menschen findet immer mehr über sub- oder supranationale Gruppen und Gemeinschaften statt, im religiösen, wissenschaftlichen, politischen Bereich. Nationalität verliert an Bedeutung für diese Menschen. (4) Gleiches gilt für die politischen Institutionen, die teilweise stärker regionalisiert, teilweise internationalisiert wurden (paradigmatisch: die EU). Auch hier ist der Nationalstaat nur noch eine Ebene zwischen anderen, und entsprechend entwickeln sich (parallele) Identitäten als Europäer oder Katalanen oder Bayern.

[157] Wie sollen wir auf diesen Prozess reagieren? Sollen wir ihn begrüßen oder versuchen, ihn abzuwenden, sollen wir Nationalität aufgeben oder stärken? Bevor ich mich Großbritannien als konkreterem und prominentem Beispiel eines erfolgreichen Nationalstaates und seinen zeitgenössischen Problemen zuwende, will ich die genannten Gründe noch ein wenig genauer untersuchen. (1) Kulturelle Homogenisierung zeigt nicht notwendig eine Konvergenz von politischer Identität an. Ich hatte auf den wichtigen Unterschied zwischen privater und öffentlicher Kultur hingewiesen. Letztere betrifft die politische Gemeinschaft, ihre Prinzipien und Institutionen. Beide laufen nicht notwendig parallel, im Gegenteil: Trotz ähnlicher Lebensstile kam es in Kanada und dem ehemaligen Jugoslawien zu scharfen nationalen Abgrenzungen. (2) Zur kulturellen Fragmentation zugunsten sub- und supranationaler Identitäten gibt es auch einen gegenläufigen Trend, nämlich den Bedeutungsverlust jener sozialen Bindungen, die in der Vergangenheit der Entwicklung einer nationalen Identität hinderlich waren: Klassen und Religion. Zwar haben es beide historisch nie geschafft, nationale Identität zu verhindern, aber weniger scharfe Gegensätze im Inneren machen es auf jeden Fall leichter, nationale Solidarität und ein gemeinsames Politikverständnis zu entwickeln.

[159] (3) Schließlich der Punkt, dass nationale Institutionen eigentlich einen Anachronismus darstellen würden und Menschen bereit seien, die Entscheidungsgewalt auf verschiedene Ebenen abzugeben. Es mag sein, dass die nationale Ebene nicht mehr die allumfassende Quelle von politischer Identität hat, aber sie spielt weiterhin eine wichtige Rolle, in der Abgrenzung nach außen ebenso wie als Referenzpunkt für kleinere Gruppen innerhalb einer Nation. Selbst die EU als vielversprechendstes Beispiel weckt keine Emotionen bei ihren Bürgern. Sie ist praktisch, ökonomisch interessant und insofern akzeptiert. Aber Flaggen, Nationalhymnen und Loyalitäten sind weiterhin national, und es wird darauf geachtet, dass diese nationale Autonomie durch die EU nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Das wird auch in Umfragen deutlich: Je spezifischer die Fragen nach (kostspieliger) Unterstützung für andere Mitgliedsstaaten, desto geringer die Bereitschaft. Gegenseitige Unterstützung ja, aber nicht die generelle Verantwortung einer echten Gemeinschaft. Auch in anderen Umfragen zu Glaubens- und Wertvorstellungen ist keine Konvergenz bezüglich nationaler Identität abzulesen (Fragen zu Stolz auf das eigene Land, Bereitschaft zur Verteidigung). Es scheint eine Tendenz der EU zu einer rein materiellen Arbeitsgemeinschaft sehr individueller Nationalstaaten zu geben. Auch weltweit ist keine Region erkennbar, die eine transnationale Identität ausbilden würde. Eher werden die Nationen von unten herausgefordert – von Basken, Flamen, Schotten – als von oben erodiert.

[162] Mein Punkt ist: Eine geteilte nationale Identität ist die Voraussetzung für politische Ziele wie soziale Gerechtigkeit und deliberative Demokratie. Dagegen wird argumentiert, ein „Verfassungspatriotismus“ (Habermas) würde heutzutage ausreichen und die schwierige Frage des Ausgleichs zwischen öffentlicher und privater Kultur überflüssig machen – eine ebenso denkbare wie begrüßenswerte Entwicklung. Aber das ist kein adäquater Ersatz. Demokratische Verfassungen allein liefern keine Identität, selbst im Falle der USA nicht. Sie liefern keine Begründung für tatsächliche Grenzziehungen und historische Kontinuität. Dass politische Grenzen heute *de facto* sicher sind, ist eine *Folge* geteilter nationaler Empfindungen und nicht die Begründung für ihre Bedeutungslosigkeit. Man sollte das nicht einfach als gegeben annehmen.

[164] Nationale Identität gibt uns zudem einen Platz in der Welt und in der Geschichte – einen Platz, den wir und unsere Vorfahren erschaffen haben. Man kann das als Illusion bezeichnen. Nationen mögen „Erfindungen“ sein, aber sie sind mehr als subjektive Wahrnehmungen, sondern strukturieren unsere Wirklichkeit. Man kann die Notwendigkeit einer solchen sozialen Konstruktion für den modernen Menschen bestreiten und die

Wirklichkeit als großen Supermarkt wahrnehmen, in dem man losgelöst von einer Geschichte nur noch einen Wohnort wählt, der einem die besten Wahlmöglichkeiten eröffnet. Ich halte diese Sichtweise für pathologisch. Eine solche Gesellschaft basiert auf Voraussetzungen, die sie selbst nicht aufrechterhalten kann.

Teil II

- [165] All dieser Verteidigung zum Trotz ist der Umgang mit Nationalität in den letzten Jahren schwieriger geworden. Leute hadern mit ihrer Nationalität, weil sie nicht (mehr) wissen, was es bedeutet, Schwede oder Franzose zu sein und ob es überhaupt moralisch akzeptabel ist, so zu denken. **In Großbritannien ist das besonders spürbar, deshalb will ich dieses Beispiel genauer untersuchen.** Das erfordert einen historischen Abriss, bei dem ich mich insbesondere auf eine jüngere Arbeit von Linda Colley stütze (*Britons: Forging the Nation 1707-1837*). Ihre These ist, dass England im untersuchten Zeitraum Schotten und Waliser in eine gemeinsame britische Identität integrierte, die sich auf drei Prinzipien stützte: Protestantismus, Beschränkung der Regierungsgewalt, freier Überseehandel. Sie muss vor allem als Reaktion auf die französische Nation gesehen werden (Katholizismus, Absolutismus), eine für nationale Identität relativ typische Entstehungssituation. Der Pomp um die britische Monarchie ist hingegen späteren Ursprungs (viktorianisch). Die Idee des Empire erfuhr dabei eine Wandlung, von der Verbreitung jener drei Prinzipien in alle Teile der Welt hin zu einer paternalistischen Interpretation, dass eine zivilisierte Nation den unzivilisierten Barbaren beibringe, wie man richtig regiere (*High Imperialism*). Diese spätere Interpretation war charakteristisch für eine kleine gehobene Schicht, aber nicht prägend für die britische Identität in einem breiten Sinne. Weit prägender war das protestantische Element. Katholiken hatten stets einen schlechten (quasi heidnischen) Ruf bei breiten Bevölkerungsschichten, was sich vor allem auf die Hierarchie-Abhängigkeit ihres Glaubensbekenntnisses bezog. Protestantismus war weit besser mit liberalen Grundsätzen und individuellen Überzeugungen vereinbar.
- [170] Somit ist ein anhaltender, oftmals nicht-religiöser Protestantismus weiterhin ein Teil der britischen Identität. Hinsichtlich dreier anderer Aspekte hat die britische Identität schwer gelitten: (1) Der wirtschaftliche Niedergang nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Überlegenheit einer einstmaligen Handelsnation in Frage gestellt. (2) Die britische Verfassung ist weiterhin einmalig, verdankt diesen Status heute allerdings eher ihrer beeindruckenden Bauartigkeit. (3) Das britische Übersee-Engagement konnte nur in den wenigsten Fällen würdevoll und geordnet beendet werden. Der Rückzug führte häufig zum Kollaps der einst „überlegenen“ Institutionen und zu diktatorischen Regimen, und die hinterlassenen Landesgrenzen sind bis heute als koloniale Relikte umstritten.
- [172] All dies zusammengenommen führt zu einer großen Unsicherheit, worin die (nach wie vor betonte) britische Identität eigentlich genau bestehe. Die Zuflucht zu einer „typisch englischen“ Kultur als verbleibender Identitätsbasis ist verlockend, führt aber zu jener Vermischung von privater und öffentlicher Kultur, die ich bereits erwähnt habe. Zum einen hilft sie nicht als Kompass für konkrete nationale Politik, zum anderen ist selbst diese „typisch englische“ Kultur viel zu divers, um als einigend gelten zu können. Dies gilt vor allem für ethnische Minderheiten, die von einer klaren nationalen Identität besonders profitieren könnten, aber auch für Schotten, Waliser und Nordiren. Gerade Schotten haben beim Aufbau des britischen Empire immer wieder eine herausragende Rolle gespielt. Dennoch werden Schotten, nach ihrer Identität gefragt, zunächst „schottisch“ und dann erst „britisch“ nennen. Es gibt keinen guten Begriff für die Position von solchen Gemeinschaften. Der Begriff Ethnie trifft es nicht, dennoch erinnern uns diese Gruppen deutlich daran, dass eine nationale Identität nicht ethnisch homogen sein muss. Eine starke ethnische und eine starke nationale Identität können nebeneinander bestehen, und das gilt natürlich auch für alle anderen Ethnien Großbritanniens.
- [174] Der Rückzug auf einen Verfassungspatriotismus hilft den Briten auch nicht, weil das letztlich nichts Identitätsstiftendes ist. Alle liberalen Demokratien folgen mehr oder weniger den gleichen Verfassungsgrundsätzen. Eine nationale Identität hingegen ist historisch geformt. Sie wird zwar ständig umgeschrieben, kann aber ihre Wurzeln nicht ignorieren. Ihre Prinzipien haben sich im Verlauf von Jahrhunderten entwickelt.

Teil III

- [176] Von den drei geschilderten Problemen ist der erste Faktor – wirtschaftlicher Niedergang – sicherlich spezifisch britisch, aber die beiden anderen – Glaubensverlust in die konstitutionelle Überlegenheit und die imperiale Mission – haben ihre Entsprechungen in anderen Ländern. (1) Generell ist es bei einer Angleichung der Verhältnisse in liberalen Demokratien schwierig, bestimmte politische Leistungen noch als herausragend zu betrachten, denn die Verfassungen sind mehr oder weniger gleich, und bestimmte nationale Sonderwege sind unter Globalisierungsbedingungen oft schwer durchzuhalten (skandinavischer Wohlfahrtsstaat, französische Sprachkultur). Krieg (oder seine Drohung) spielte früher oft eine wichtige Rolle bei der Schaffung einer nationalen Identität, heute nicht mehr. (2) Die Bürger liberaler Demokratien nehmen zunehmend Abstand davon, ihr politisches Modell missionarisch zu interpretieren, als höhere Regierungsform.
- [177] Welche Möglichkeiten bestehen? Die einen begrüßen diesen Trend und ermuntern zu übernationalen Identitäten – der große Supermarkt. Aber dieser erzeugt keine Stabilität, sondern setzt sie voraus, und er beantwortet nicht die Frage, was Gesellschaften zusammenhält und ihre Verpflichtungen begründet. Es gibt keine

Alternative zum langfristigen Projekt der Nationenbildung, aber die Bedingungen haben sich geändert.

(1) Nationale Identität muss präziser, diskursiver werden als bisher, auch um mit neuen Herausforderungen umgehen zu können (kultureller Pluralismus). (2) Insbesondere im Falle Großbritanniens besteht die Notwendigkeit einer schriftlichen Ausformulierung der Verfassung, auf der Basis bestehender älterer Dokumente (z. B. *Bill of Rights*), aber angepasst an moderne Notwendigkeiten. (3) Eine bürgerschaftliche Erziehung muss die nationale Identität weitergeben an die nächsten Generationen. Dafür muss sie einerseits ein nationales Curriculum haben, gleichzeitig jedoch sensibel für kulturellen Pluralismus sein.

7. Schlussfolgerungen

- [183] [Kurze Wiederholung der Motivation des Buches, des liberalen Unbehagens und der wesentlichen Fragen] Ich habe versucht, eine differenzierte Verteidigung von Nationalismus zu liefern, die zwischen einem rigorosen Verwerfen und einem gedankenlosen Umarmen liegt. Ein internationalistischer Humanismus macht zwei Fehler: Er ignoriert die tiefen und wertvollen Bindungen von Menschen an ihre Nationen und deren Geschichte. Geschmacklose Verirrungen sollten eher dazu führen, diese Ideen neu zu bewerten als sie zu verwerfen. Der zweite Punkt ist, dass Nationalismus eine Reihe von Zwecken erfüllt, die auch nach liberalen Maßstäben wichtig sind. Diese Zwecke können beileibe nicht nur von Nationalismus erfüllt werden, aber Nationalismus ist eine *geeignete* Form in einer mobilen und egalitären Gesellschaft, um einen Hintergrund für individuelle Lebensstile zu liefern, einen Rahmen für soziale Gerechtigkeit sowie eine Vertrauensbasis für demokratische Bürgerschaft. Eine gemeinsame Nationalität wird von politischen Philosophen oft stillschweigend vorausgesetzt, obwohl sie selbst voraussetzungsvoll ist.
- [185] Aber Nationalität ist unter Druck geraten, von innen (Kritiker) wie von außen (homogenisierende Globalisierung). Wenn sie nur noch mit illiberalen, reaktionären Maßnahmen aufrechterhalten werden kann, dann ist die progressive Perspektive verlockend, dass wir uns in kultureller Diversität und mit ethnischem Bewusstsein aus den uns zugänglichen kulturellen Traditionen das jeweils Beste herauspicken. Das Problem ist, dass unter diesen Bedingungen eine „tiefe“ Kultur verflachen kann und dass kulturelle Teilhabe zunehmend zu einer Frage der ökonomischen Möglichkeiten wird. Das bedeutet in doppelter Hinsicht eine soziale Spaltung: in Massen- und Hochkultur einerseits und eine Schwächung der Bereitschaft zu umverteilender Politik andererseits. Die kulturellen Kosmopoliten unterschätzen die Bedeutung von bisherigen *nationalen* Programmen zur Erhaltung von Kultur, sozialer Stabilität und der Bewahrung von Minderheitenrechten.
- [187] Die von mir vorgestellte Argumentation stellt keine vollständige politische Philosophie dar. Menschen haben viele politische Facetten, von konservativ bis progressiv, aber Nationalismus modifiziert diese. Was sind die ethischen und politischen Hauptimplikationen des Prinzips Nationalität? Politische Grenzen sollten so weit möglich entlang nationaler Identitäten gezogen werden. Mit nationaler Identität sind dabei weder eine ethnische Identität noch ein bloßer „konstitutioneller Patriotismus“ gemeint. Nationale Identität geht tiefer als das und verweist auf eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Geschichte, einen gemeinsamen Ort. Sie muss unterstützt werden durch Erziehung und Bildung, wobei die Rechte kultureller Minderheiten gewahrt werden müssen. So ergibt sich eine gestaffelte Hierarchie von Kulturen, Nationen und der Weltgemeinschaft, die in einer freundlichen Rivalität koexistieren, denen aber ihre jeweiligen existentiellen Voraussetzungen garantiert werden müssen (was bei Staaten auch den Zugang zu Ressourcen bedeutet). Sollte nationale Selbstbestimmung nicht möglich sein, ist eine zweitbeste Lösung anzustreben.
- [190] Das Prinzip Nationalität erfordert, dass wir die Ansprüche anderer auf nationale Selbstbestimmung anerkennen, aber es erfordert nicht, Mitbürger und Fremde in jeder Hinsicht gleich zu behandeln. Unseren Mitbürgern sind wir weitergehend verpflichtet, und insofern gibt es auch keine generelle Verpflichtung, Menschen in anderen Staaten zu unterstützen, oder gar eine Verpflichtung zu globaler Gleichheit. Unterstützung muss differenziert abgewogen werden nach den Gründen, aufgrund derer sie notwendig ist (Katastrophen, koloniale Ausbeutung oder unfähige Politiker). Es geht weniger um einen gleichen Lebensstandard für alle, sondern darum, wer von wem seiner Grundrechte beraubt wird und wer die Mittel hat, das abzustellen.
- [192] Bezüglich nationaler Politik lassen sich die Hauptimplikationen vielleicht am besten so formulieren, dass es darum geht, inwieweit wir liberale Politik (in einem weiten Sinne) abwandeln müssen. „Liberaler Nationalismus“ ist kein Widerspruch in sich und wurzelte historisch oft in den gleichen Quellen. Während liberale Prinzipien leicht zu formulieren sind (Toleranz und freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatlichkeit, Legitimation der Regierung durch die Regierten usw.), sind die entsprechenden Begründungen extrem vielfältig. Meines Erachtens werden wir Konvergenz zwischen Liberalismus und Nationalität am ehesten auf dieser Theorieebene als in der praktischen Politik finden, und so verhält es sich auch mit Liberalismus und Kommunitarismus.
- [193] Meines Erachtens gibt es vier Punkte, in denen Liberale und Nationalisten entgegengesetzte Standpunkte einnehmen könnten:
- (1) *Radical chooser view* (wir wählen die Elemente unserer Identität frei selbst aus) vs. Nationalität als eine Identität, die man nicht (ab)wählen kann.
 - (2) Verfassung und politische Institutionen als Ergebnis eines Konsenses (Vertragstheorie) und damit auch die relative Freiheit der Ziehung politischer Grenzen vs. Verfassung und politische Institutionen als Ausdruck

des Willens einer nationalen Gemeinschaft und damit auch Sezession unter dem Vorbehalt der davon betroffenen nationalen Identitäten.

(3) Der liberale Bürger als Träger von Rechten und Befolger von Regeln, der ansonsten seine privaten Interessen verfolgt und an Teilhabe am öffentlichen Leben oder der Politik kein intrinsisches Interesse hat vs. eine republikanische Sicht, wonach sich Bürger aktiv an der politischen Debatte und Entscheidungsfindung beteiligen sollen, um zur Formung und Erhaltung einer nationalen Identität beizutragen und nationale Selbstbestimmung mit Leben zu füllen.

(4) Kulturelle Neutralität und Gleichberechtigung aller Lebensentwürfe vs. Bevorzugung und Förderung von Elementen einer nationalen Kultur sowie ihre Berücksichtigung in Erziehung und Lehrplänen (bürgerschaftliche Erziehung), ohne dabei eine starre Version von nationaler Identität zu predigen.

[195] Nationalität ist somit keine illiberale Idee. Das Prinzip Nationalität lässt uns in einer anderen Weise über eine große Zahl von Themen denken. Wir können immer noch eine liberale (oder andere) politische Identität haben, aber die Grundannahmen haben sich verschoben. Mein Ziel war es, diese Grundannahmen so klar wie möglich auszusprechen und zu schauen, wohin uns das moralisch und politisch führt.